



Unser Bovenden

Bock auf besser!

Ausgabe
09/2025

Der (neue) Vorstand stellt sich vor

Liebe Bovender:innen, liebe Leser:innen,

während der Mitgliederversammlung am 21. März 2025 wählten die dreizehn anwesenden Mitglieder des Ortsverbands (OV) Bovenden von Bündnis 90 / Die Grünen ihren neuen Vorstand. Der bisherige Vorstand wurde im Amt bestätigt: Dr. Swantje Eigner-Thiel als erste Sprecherin, Michaela Pfeifer als zweite Sprecherin sowie Thorsten Lange als Ortskassierer. Neu in den Vorstand kam Stephan Leineweber als Beisitzer.

Der neue Vorstand traf sich zu einer Klausur im Treffpunkt Altes Pfarrhaus in Eddigehausen und besprach in angenehmer und produktiver Atmosphäre bei Kaffee, Tee und Kuchen die Aufteilung der Vorstandsarbeit sowie die Pläne für das laufende Jahr. Die weitergehenden Planungen reichen bis zu den Kommunalwahlen im Herbst nächsten Jahres.

SWANTJE aus Reyershausen sitzt für die Grünen im dortigen Ortsrat. Sie ist seit 2021 bei den Grünen, ihre Steckenpferde sind der Klimaschutz und Erneuerbare Energien, und auch der Erhalt der Artenvielfalt liegt ihr sehr am Herzen. Beruflich arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fachhochschule in Göttingen und widmet sich dort umweltpsychologischen und sozialen Aspekten der Dorfentwicklung.

MICHI aus Eddigehausen rückte im Februar 2025 in den Ortsrat nach. Sie ist seit sechs Jahren im Ortsverband Bovenden Mitglied. Am Herzen liegen ihr weniger Flächenverbrauch und der Schutz unserer Böden und der natürlichen Ressourcen.

THORSTEN aus Bovenden rückte im Februar 2025 in den Gemeinderat nach. Im Jahr 2016 als zwölftes Mitglied in den OV eingetreten (heute: 50 Mitglieder!) übernahm er 2018 das Amt des Kassierers und organisierte seitdem auch die Wahlkämpfe. Beruflich als Software-Entwickler angestellt betreut er u. a. die Website und administriert die zugehörige IT. Zu seinen Schwerpunkten zählen Digitalisierungsaspekte sowie die Fahrradinfrastruktur.

STEPHAN aus Reyershausen saß von 2011 bis 2021 im Ortsrat, von 2016 bis 2021 zusätzlich im Gemeinderat und war von 2014 bis 2020 im Vorstand aktiv, die ersten Jahre davon als Kassierer. Als Urgestein und „dienstältestes“ Mitglied trat Stephan bereits Anfang der 1990er-Jahre den Bovender Grünen bei.

tl



Swantje, Michi, Thorsten, Stephan



Area 3 Ost

Der Rechtsstreit um eine gewerbliche Erschließung von Area 3 Ost östlich der K 453 zwischen Bovenden und Angerstein geht weiter. Zwar hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg die erste Änderung des entsprechenden Bebauungsplans (B-Plans) auf Antrag des NABU mit Beschluss vom 02.12.2024 vorläufig außer Vollzug gesetzt (Pressemitteilung des OVG vom 02.12.2024), trotzdem wurde der Acker weiter erschlossen und im Juni/Juli 2025 im Nordwesten mit einer gewaltigen Halle bebaut. Vor der Entscheidung des OVG in der Hauptsache und trotz eines außer Vollzug gesetzten Bebauungsplans wurde also nicht nur weiter erschlossen und die Baustelle gesichert, sondern unverändert weitergebaut.

Ausdrücklich wurde bei mehreren Gelegenheiten von Bürgermeister Brandes in Bovenden festgestellt, dass der außer Vollzug gesetzte B-Plan keinen Baustopp erzwingt. Wiederholt unternahm das Aktionsbündnis gegen Area 3 Ost bzw. der NABU Versuche, den Weiterbau durch rechtliche Schritte aufzuhalten. Das OVG, das den B-Plan außer Vollzug gesetzt hatte, erklärte sich für nicht zuständig, weitere rechtliche Interventionen liefen bisher ins Leere. Offensichtlich kann die Außerkraftsetzung eines B-Plans bereits beschlossene Bauvorhaben nicht aufhalten, sondern bezieht sich nur auf noch nicht konkret beschlossene Bauvorhaben.

Inzwischen hat der für die gewerbliche Erschließung zuständige interkommunale Zweckverband westlich der K 453 Ausgleichsflächen für mindestens 6 Brutpaare der Feldlerche vorgeschlagen, die durch die Erschließung von Area 3 Ost ihre Reviere verlieren. Leider ist davon auszugehen, dass dem OVG diese Ausgleichsmaßnahme ausreicht, um den B-Plan doch zu genehmigen. Auch wenn sich die Gemeinden Bovenden und Nörten-Hardenberg mit ihrer Erschließung jetzt durchsetzen sollten, halten wir diese unwiederbringliche Versiegelung von wertvollem Ackerboden politisch und vor allem ökologisch für einen Fehler, langfristig für eine fatale Fehlentwicklung ähnlich jener der seit Jahren leerstehenden, das Ortsbild verschandelnden Gewerbehallen in der Umgebung des Edekamarktes in Bovenden.

hj



Ertüchtigung des Stromverteilnetzes in Bovenden

Bis spätestens 2045 soll die Gemeinde eine Treibhausgasneutralität erreicht haben. Um dies zu erreichen, müssten bis dahin alle Heizungen und alle Autos auf eine klimaneutrale Energieversorgung umgestellt werden. Da für Wärmepumpen und E-Autos viel Strom benötigt wird, stellten Bündnis 90/Die Grünen die Anfrage, welche Maßnahmen die Gemeindewerke im Bereich eines

notwendigen Stromnetzausbaues vorgesehen haben. Präzise Antworten zu Bovenden erhielten wir nur zum Ist-Zustand des Stromverbrauchs: 2023 verbrauchten 7.381 Haushalte 16.774.024 kWh. Insgesamt 153 Wärmepumpen verbrauchten 815.002 kWh. Die Industrie verbrauchte 12.041.591 kWh, Handel und Gewerbe 4.351.713 kWh.

Auf die Frage nach dem notwendigen Strommehrbedarf bis zum Erreichen einer Treibhausgasneutralität antworteten die Gemeindewerke mit bundesweiten Prognosen des "Netzentwicklungsplans 2025": Hiernach soll sich der Stromverbrauch des Haushaltssektors von 9 TWh im Jahr 2022 auf 41 bis 73 TWh 2037 in Abhängigkeit vom jeweiligen Szenario steigern, der Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungssektor von 10 auf 22 TWh, der Stromverbrauch im Verkehrssektor von 3 TWh 2022 auf 112-159 TWh 2037 ansteigen. Gemäß einer Analyse zur Stromnachfrage von McKinsey sei von einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 4% bis 2035 auszugehen.

Auf die Frage, welche Maßnahmen zu Ertüchtigung des Stromverteilernetzes in Bovenden geplant seien, erklärten die Gemeindewerke, dass zu diesem Zweck ein Ingenieurbüro beauftragt worden sei, eine "Zielnetzplanung Strom" zu entwickeln, aus der konkrete Investitionspfade abgeleitet werden sollen, aktuell könne aber keine konkrete Aussage zu Ertüchtigungsmaßnahmen des Stromverteilernetzes getroffen werden.

Die o.g. bundesweiten Prognosen zeigen, dass der künftige Strommehrbedarf sich in Abhängigkeit von den jeweiligen Szenarien nur sehr vage ermitteln lässt: Z. B. soll im Haushaltsbereich der Strombedarf 2037 zwischen 41 TWh und 73 TWh liegen. Als grobe Richtlinie mag die o.g. Zunahme des Strombedarfs bis 2037 um 4% pro Jahr auch für Bovenden gelten. Aktuell können wir Grünen nicht erkennen, dass Anstrengungen zum Ausbau des Stromnetzes unternommen wer-

den. Im Gegenteil wurden im Gemeinderat regelmäßig Vorschläge, zumindest gemeindeeigene Dächer flächendeckend mit PV-Paneelen zu bestücken, mit der Begründung abgelehnt, das jeweilige Stromnetz reiche nicht aus, es bedürfe weiterer Installationen von Wechselstromrichtern, die einfach zu viel Geld kosten. Dabei wird trotz unserer wiederholt geäußerten Hinweise außer Acht gelassen, dass sich die PV-Paneele sehr schnell finanziell amortisieren (eine einfache Balkonsolaranlage wirft nach 2 bis 3 Jahren Gewinn ab). Dieses Geld könnte unmittelbar in die Ertüchtigung des Stromnetzes gesteckt werden!

hj



Schleppender Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf kommunalen Dächern

Endlich ist sie installiert – eine 30 kWp-Anlage auf dem Dach der Turnhalle in Eddighausen. Möglich war dies nur durch unsere wiederholten Anträge, Rechenbeispiele und Hinweise auf die mittlerweile genehmigte LEADER-Förderung. Der Verwaltungsvorschlag belief sich auf 13 kWp, Platz hätte das Dach für 98 kWp – was das Stromnetz momentan aber nicht verkraftet. Bislang war jede Photovoltaik-Anlage zumeist ein Kampf gegen Bedenken. Am Ende oft nur minimale Lösungen (wie auch auf dem Rathaus) oder erst nach langen Diskussionen, ob die PV-Pflicht gilt (ja, natürlich tut sie das im Ratsburgbad Meyershausen), oder ob es denkmalrechtlich geht (ja, trotz an-

fänglicher Abwehr ging es ja auf der alten Schule). „Wirtschaftlich sinnvoll“ steht bei der Mehrheit der Ratsfraktionen im Vordergrund. Die Definition dabei erscheint uns sehr subjektiv - Amortisation nach 7 Jahren oder nach 20 Jahren? Klimapolitische und ökologische Aspekte werden leider sowieso ausser Acht gelassen. Eine magere Bilanz, wie wir finden!

meb



Grün macht den Unterschied – Kommunale Wärmeplanung in Bovenden

Am Anfang herrschte großes Unverständnis im Gemeinderat – Fördermittel prüfen und einwerben für die kommunale Wärmeplanung? Kein Interesse, Ablehnung, Deckel drauf. Wie so oft, wenn es um erneuerbare Energien geht. Viele Gespräche später dann doch Einigkeit in den politischen Gremien: Der Antrag unserer grünen Ratsfraktion, konkret und überdies gefördert in die kommunale Wärmeplanung einzusteigen, geht einstimmig durch, Bovenden macht sich auf den Weg. Fortan loben alle kräftig, wie weit man doch in Bovenden vorn ist beim großen Wurf zur Klimaneutralität. Denn sowohl von der Wirkung für den Klimaschutz als auch vom planerischen Aufwand her ist die Wärmewende weitaus anspruchsvoller als die Umstellung auf Strom aus erneuerbaren Quellen.

Dabei ist die nun vorliegende Wärmeplanung erst einmal nur der Auftakt: Eine Sammlung aller Informationen über Wärmequellen – etwa aus Biogasanlagen oder Industrie,

aber auch aus Flusswärme oder Klärbwasser – auf der einen Seite und Wärmebedarfen in Häusern, Wohnungen und kommunalen Gebäuden auf der anderen. Dabei spielen Bebauungsdichte, Baujahr und Sanierungszustand eine große Rolle, ebenso die Nähe zu möglichen Energiequellen, Wind, Wasser, Boden und Luft.

Versorgen uns noch heute klimaschädliche Gasnetze, sind Wärmenetze die Zukunft. Ob warme oder kalte Nahwärmenetze, zentrale oder dezentrale Lösungen, das direkte Anzapfen von Wärmequellen oder die Umwandlung von Strom in einen Wärmeträger – die Bandbreite der Möglichkeiten ist groß. Die Umsetzung, wie sie in der vorliegenden Wärmeplanung skizziert wird, nutzt davon leider fast nichts und setzt eher nahtlos an die Politik in Bovenden von CDU und SPD an. Die „abgängige“ Heizung im Klärwerk wurde – gegen unsere grünen Bedenken – ebenso durch eine neue Gasheizung ersetzt wie die Heizungsanlage in der Glückauf-Halle Reyershausen. Dabei wird in der Wärmeplanung auf das große Potential von Wärme in Klärwerken und eines Wärmenetzes in Reyershausen hingewiesen. Zwei verpasste Chancen.

Zum Glück sind die Menschen in Reyershausen schon selbst gestartet und sind in ihren Planungen für ein Nahwärmenetz schon weit gekommen. Mehr dazu unter <https://energie-reyershausen.de/>.

Auch der erste Blick auf die kommunale Wärmeplanung wirkt wie eine verpasste Chance. Die Ziele ambitioniert, klimaneutral bis 2040, aber der Weg dahin? Er setzt dort an, wo Bovenden schon längst steht, an bestehenden Planungen oder Wärmenetzen, bei (unbedingt begrüßenswerten) Absichtsbekundungen bezüglich des großartigen bürgerschaftlichen Engagements zur Nahwärmerversorgung in Reyershausen. Aber sonst, viel Vages – Wasserstoff richtigerweise eher nein, Biomethan als große Idee, nur ohne Verfügbarkeit derzeit, ambitionierte

Ziele bei Heizungsumrüstung und Sanierung, aber ohne konkrete Maßnahmen.

Was bleibt, ist also eine Mammutaufgabe, bei der wir Grünen überzeugt sind, dass alle ihren Teil leisten müssen, allen voran Politik und Gemeindewerke mit deutlich ambitionierteren Plänen. Die Nutzung der Energie aus dem Klärwerk und aus der ohnehin zu warmen Leine wird zwar beschrieben, aber ein Wärmenetz – der Goldstandard der Wärmewende – wird daraus Stand heute leider nicht. Es bleibt die banale Erkenntnis: Klimaneutralität bis 2040 zu postulieren ist gut, die ambitionierten Schritte zu gehen wäre aber besser. Und das werden wir als Grüne weiter einfordern. So wie bisher auch. Und Sie als Bürger:innen können wir nur bitten: bringen Sie sich ein, kritisch, fordernd, ideenreich. Link:

<https://www.bovenden.de/umwelt-klimaschutz/klimaschutz/kommunale-waermeplanung/>

ml



Ganztag ab 2026 und Schließung der Horte

Ab August 2026 haben bundesweit alle Kinder der ersten Klassenstufe einen Anspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung (8 Stunden/Tag und 5 Tage/Woche). In den Folgejahren wird der Anspruch auf die Klassenstufen 2 bis 4 erweitert, so dass ab dem Schuljahr 2029/2030 allen Kindern

der 1. bis 4. Klasse der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung zusteht. Momentan nutzen ca. 64% der Grundschüler im Flecken Bovenden die (zeitlich nicht ganz so umfangreichen) freiwilligen Betreuungsangebote der Grundschulen, die vom Flecken mit 120.000 €/Jahr bezuschusst werden. Ca. 13% der Kinder besuchen die Horte mit längeren Betreuungszeiten und Ferienangeboten (kostenpflichtig). Der Flecken bezuschusst diese mit ca. 450.000 €/Jahr.

Alle vier Schulleitungen der Bovender Grundschulen möchten die Nachmittagsbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027 für alle Klassen 1 bis 4 einheitlich über den Bovender Sportverein (BSV) anbieten. Eine von Hort, einigen Eltern und uns vorgeschlagene schrittweise Einführung des neuen Konzeptes zunächst nur für die Klassenstufe 1 unter Weiterführung der Horte und der bisherigen Ganztagsbetreuung durch die Schule für die Klassen 2-4 war von den Schulleitungen nicht gewünscht. Das Ende der Horte zum Schuljahr 2026/2027 wurde daraufhin in einem Hau-Ruck-Verfahren vom Bovender Bündnis (SPD und CDU) beschlossen. Über einen offenen Brief und Stellungnahmen in allen Sitzungen kritisierten wir die Vorgehensweise, da sie durch die geringe Einbindung der Betroffenen weder wertschätzend gegenüber den Menschen, die hier im Flecken wertvolle Betreuungsarbeit in den Horten leisten, noch transparent für alle Ratsmitglieder und die Öffentlichkeit stattgefunden hat. In Zeiten des Fachkräftemangels taktisch unklug, da der BSV schätzungsweise 44 Mitarbeiter benötigen wird und einige so von vornherein vergrault wurden. Politisch unklug, denn Menschen, die sich schlecht vertreten fühlen, verlieren Vertrauen in die Politik. Finanziell herausfordernd, denn erst ab 2029 kommt Geld vom Bund für alle 4 Jahrgangsstufen. Erreichen konnten wir wenigstens noch, dass den Hortmitarbeiter:innen zu ihren jetzigen

Arbeitsverhältnissen äquivalente Beschäftigungsverträge vom BSV angeboten werden. Festhalten wollten wir außerdem, dass künftig nicht weniger Geld in die Nachmittagsbetreuung fließt als bisher, da Landeszuschüsse noch recht unklar sind. Die Verwaltung rechnet allerdings mit einem immensen Kostenanstieg, weswegen dieser Beschlussvorschlag nicht mit aufgenommen wurde.

Toll ist, daß der BSV diese große Herausforderung angenommen hat. Neben einer Früh- und einer Spätbetreuung wird der BSV ein für alle Kinder passendes Konzept mit flächendeckend qualitativ hochwertigen Betreuungs-, Bildungs- und Bewegungsangeboten schaffen. Bereits jetzt im Ganztags bestehende Angebote und Mitarbeiter:innen werden eingebunden, Sport ist dabei nur ein Aspekt unter vielen. Für alle Eltern werden die Kernzeiten kostenlos sein. *meb*



Parkplätze für Roller an der Grundschule am Sonnenberg

Da viele Grundschüler gerne mit dem Roller zur Schule kommen, wurden mit den ursprünglich für Fahrradständer eingeplanten Geldern aus dem Haushalt 2024 auf Wunsch der Schulleitung Rollerbügel angeschafft.

ss,meb

Tempo 30 in Bovenden – ja, nein, vielleicht, jedenfalls nicht am Schulweg

Wer morgens am Kreisel in Bovenden vorbeikommt, kennt das Bild. Fleißige Schülerlots:innen geleiten die Jüngsten über den Ze-

brastreifen der Breiten Straße. Viel Verkehr, Tempo 50, was könnte man da noch machen? Zum Beispiel Tempo 30, denn seit die Ampelkoalition das Straßenverkehrsrecht reformiert hat, können Kommunen Tempo 30 auch auf Hauptverkehrsstraßen anordnen, insbesondere an Schulwegen, in der Nähe von Zebrastreifen und zwischen Zebrastreifen. Also haben wir einen Antrag in den Rat eingebracht, das doch mal bitte zu prüfen und, wo rechtlich nun möglich, umzusetzen. Schließlich hatte inzwischen auch das SPDgeführte Verkehrsministerium in Hannover soeben die Studie zu Tempo 30 auf Durchgangsstraßen abgeschlossen. Das Ergebnis: Umwelt, Sicherheit, Lärm, nur Vorteile. Selbst der Verkehrsfluss profitiert. Also alle Zeichen auf Grün? Mitnichten. Während man in Hann. Münden bereits in die konkrete Umsetzung geht, gingen SPD und CDU den billigsten Ausweg, den man als Mehrheitsgruppe gehen kann.



Man könne überall mal schauen und durch die Verkehrskommission prüfen lassen, nur nicht – komplett ohne jedes Argument – auf der alten B3. Statt Tempo 30 einfach direkt zu beschließen, für die Schulkinder, für sichere Übergänge im Bereich Rewe, Sparkasse, Café Nostalgie, für mehr Sicherheit, weniger Lärm und Abgase, wird nun also erstmal geprüft. Nur nicht auf der Hauptverkehrsstraße, da wird nicht einmal geprüft. Traurig, aber es

ist immer das Gleiche: Bis in den Ortsrat hinunter Parteipolitik von SPD und CDU, auch gegen die eigene Politik in Bund und Land und gegen wissenschaftliche Erkenntnis. Unser Dank an der Stelle den Verkehrslots:innen, Eltern, Schüler:innen: Wir hätten gern mit mehr Verkehrssicherheit unterstützt und bleiben da dran an Sachpolitik.

ml



Entschärfung der Gefahrenstelle Ausfahrt Edeka-Parkplatz zur alten B3 in Bovenden

Die aktuelle Situation der steilen Ein-/Ausfahrt vom Parkplatz zur alten Bundesstraße stellt aus unserer Sicht eine erhebliche Gefährdung von Personen dar, die auf dem kombinierten Fuß- und Radweg westlich der alten Bundesstraße unterwegs sind. Autofahrende, die vom Parkplatz auf die alte B3 ausfahren, rechnen nicht unbedingt mit Radfahrenden. Die starke Steigung und gegebenenfalls ein Anfahren am Berg erfordern hohe Aufmerksamkeit, die Sichtlinie ist gegenüber der Horizontalen geneigt. Aufgrund des fehlenden Bordsteins bzw. einer anderweitigen Abgrenzung ist nicht intuitiv erkennbar, dass es sich hier überhaupt um einen Fuß- und Radweg und nicht lediglich um einen Pannrandstreifen handelt. Im Ortsrat Bovenden stellten wir im Februar da-

her einen Prüfantrag zur Entschärfung der Gefahrenstelle. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen und zur weiteren Beurteilung und Entscheidung an die Verkehrskommission überwiesen.

rs



Prüfantrag Digitalisierung

FDP und Grüne stellten in der Gemeinderatssitzung vom 27. Juni einen gemeinsamen Antrag mit dem Thema „Bovenden 2.0 – Unsere Gemeinde zum Digitalisierungsvorreiter machen“. In den ersten beiden der fünf Unterpunkte ging es um das Streamen von Ratssitzungen sowie die hybride Teilnahme an den Sitzungen durch Ratsmitglieder. Durch das Streamen von Sitzungen könnten interessierte Bürger:innen leichter und unkomplizierter eine Sitzung verfolgen als durch persönliche Anwesenheit im Sitzungssaal. Auch Punkt vier richtet sich an Bürger:innen und Ratsmitglieder gemeinsam: Das öffentlich zugängliche Ratsinformationssystem Sessionnet ist technisch stark veraltet und unübersichtlich zu bedienen. Eine Modernisierung würde das Auffinden von Dokumenten und Sitzungsterminen vereinfachen und zudem den aktuellen Stand von Beratungen einzelner Themen leichter zugänglich machen. Der letzte Punkt des Antrags zielt auf den Einsatz von Assistenzsystemen mit Künstlicher Intelligenz ab, um etwa das Anfertigen von Sitzungsprotokollen

zu unterstützen oder sich per KI den Beratungsstand beliebiger Themen zusammenfassen zu lassen. Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Überweisung in den Finanzausschuss zur weiteren Beratung. *tl*



Parkplätze für Fahrräder mit Anhänger und Lastenräder vor der KiTa Eddigehausen – Wir unterstützen ökologische „Elterntaxis“

Jeden Morgen und jeden Nachmittag transportieren viele Eltern ihr Kind per Lastenrad oder Rad mit Anhänger zum oder vom Kindergarten in Eddigehausen. Immer wieder zeigt sich, dass es schwierig ist, für die Zeit, in der das Kind in den Kindergarten gebracht oder abgeholt wird, das eigene Kind im Blick zu haben und das Lastenrad ordentlich abzustellen. Aus der Elternschaft entstand der Wunsch nach einer sicheren Parkmöglichkeit für die Lastenräder vor dem Kindergarten. Oftmals sind die Parkplätze unmittelbar vor dem Eingang des Kindergartens durch PKWs bereits besetzt. Wir unterstützen den Wunsch nach einer gekennzeichneten Parkfläche vor dem Kindergarten. Ein Transport per Fahrrad schützt die Umwelt, dient

dem Klimaschutz und fördert die Gesundheit. Außerdem sind Eltern Vorbilder für die Kinder. Ein Kind, das regelmäßig per Fahrrad zum Kindergarten gebracht wird, wird vermutlich später selber eine höhere Bereitschaft haben, Kurzstrecken mit dem Fahrrad zurückzulegen. Leider sind Bemühungen von Eltern und Ortsrat bei der Verwaltung mehrfach auf Ablehnung gestoßen, was für uns unverständlich ist. Die bisherige Argumentation bezog sich auf die Pflicht, für die Feuerwehr Parkplätze freihalten zu müssen. Hier steht mittlerweile die Anzahl (6 Parkplätze) fest. Da mehr als ausreichend Parkplätze vor dem Feuerwehrhaus vorhanden sind, ist dieses Argument nicht haltbar. Weiterführend wurde seitens der Verwaltung darauf hingewiesen, dass im Bereich von Spielstraßen das Lastenrad / Rad mit Anhänger auf der Fahrbahn abgestellt werden dürfe. Diese Möglichkeit sehen wir kritisch, da sich der Eingangsbereich des Kindergartens genau im Einmündungsbereich des Hainbergswegs befindet. Hier dürfen die Autofahrer mit Tempo 30 links in die Spielstraße einbiegen, was aus unserer Sicht eine Gefährdung für Kinder, Eltern sowie auf der Straße abgestellte Fahrräder bedeutet! Im Bauausschuss am 18.9. stellen wir daher erneut einen Antrag zur Ausweisung von Fahrradparkplätzen. Unterstützt wird dieser von 70 Eltern. Nach einer Umfrage von Claudia Gärtner und Jan Wilken bringen weniger als 50% der Familien ihre Kinder mit dem Auto zur KiTa. Eine Umwidmung von 10% der Auto- in Fahrradparkplätze wäre also zudem im Sinne der Gerechtigkeit. Danke für das Engagement an alle Beteiligten! *mp, meb*



Bolzplätze in Eddigehausen

Der sehr beliebte Bolzplatz der Eibenwaldschule in Eddigehausen ist nicht nur uneben, sondern versinkt auch regelmäßig im Matsch. Bei Nässe muss er daher trotz verschiedener Sanierungsbemühungen für die Kinder regelmäßig gesperrt werden. In der Ortsratssitzung im Juni beantragte die SPD die Ertüchtigung zu einem Multifunktionsplatz und schlug zur Finanzierung (geschätzte Kosten: mind. 150.000€) den Verkauf des Bolzplatzes am Landwehrgraben als Bauland vor. Dies stieß nicht nur bei uns, sondern auch bei mehreren Anwohnern und Nutzern des Bolzplatzes am Landwehrgraben auf Protest. Diskutiert wurde auch über die Definition eines Multifunktionsplatzes. Wir wiesen auf aktuelle Fördermöglichkeiten (im Rahmen des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2026) hin und beantragten, den Bolzplatz an der Eibenwaldschule unter Berücksichtigung von Fördermöglichkeiten so zu ertüchtigen, dass er ganzjährig auch bei Feuchtigkeit beispielbar ist. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und wird nun von der Verwaltung bearbeitet.

meb

Die schwarz-rote Koalition aus Sicht der jungen Generation

Über 100 Tage ist Friedrich Merz nun im Amt. Ein Rückblick aus junger Perspektive.

Dass er erst im zweiten Wahlgang zum Kanzler gewählt wurde, war zwar fahrlässig, aber auch eine Quittung für seine Naivität im Wahlkampf. Die Schuldenbremse wurde mit einer schwer zu übertreffenden Überheblichkeit als „DNA“ der Union propagiert und Budget-Kürzungen als Allheilmittel eingefordert – um sie dann am ersten Tag nach der Wahl de-facto zu kippen und Rekordschulden zu beschließen. So offensichtlich nicht einzuhaltende Versprechen abzugeben taugt nicht für einen zukunftsfähigen und demokratischen Politikstil.

Und trotzdem: Die Koalition muss funktionieren. Nicht nur, weil es mit diesen Wahlergebnissen die einzig mögliche Koalition der demokratischen Mitte ist, sondern vor allem, weil wir funktionierende Demokratien in diesen Zeiten globaler Machtverschiebungen mehr denn je brauchen, um eine halbwegs akzeptable Zukunft zu ermöglichen. Auch die Wahrscheinlichkeit einer zu befürchtenden AfD-Regierung hängt zentral vom Erfolg dieser Koalition ab.



Dieser Erfolgsdruck erschwert auch eine gute Oppositionsarbeit: Ist man zu destruktiv, gefährdet man langfristig die eigene demokratische Existenz, wenn stattdessen radikale Kräfte an die Macht gelangen. Deshalb ist es wichtig, zwar weiterhin zu kritisieren, wo es nötig ist, dabei jedoch vor allem auf konstruktive Lösungen zu setzen. Dieser Anspruch hat sich auch darin gezeigt, dass das Schuldenpaket und der zweite

Kanzlerwahlgang überhaupt erst möglich gemacht wurden.

So sehr wir uns also den Erfolg der Koalition wünschen (müssen), wollen wir aber auch betonen, wie an einigen wichtigen Stellen ganz entschieden Politik gegen jüngere Generationen gemacht wird.

Zuerst wäre da die Rentenpolitik, wo aktuell, bei völliger Abwesenheit einer langfristig gedachten Lösung, die Lastenteilung zu Ungunsten der Jüngeren verschoben wird. Verschärft wird dieses Problem auch durch die migrationsfeindliche Rhetorik, welche Integration und Fachkräfteeinwanderung erschwert, die wiederum zentral zur Lösung des Rentenproblems beitragen würden – mal abgesehen von humanitären Aspekten.

Langfristig am wichtigsten ist jedoch die Klimapolitik. Auch hier ist die Rhetorik kontraproduktiv: Wenn Windräder „hässlich“ sind und Deutschlands geringer Emissionsanteil betont wird, schadet das der klimapolitischen Führungsrolle, die Deutschland und Europa einnehmen müssen. Denn ein globales Umdenken ist nur dadurch möglich, dass relevante Akteure Klimapolitik als ihr Interesse definieren.

Um also erfolgreich zu sein, hat die schwarzrote Koalition noch einen weiten Weg vor sich, jedoch bleibt einem angesichts der aktuellen Lage nichts weiter übrig, als ihr dabei gutes Gelingen zu wünschen.

ja,jg

Energiewende, ein Erfahrungsbericht

Zwei Nachbarn haben zusammen drei Elektroautos und PV auf dem Dach, ein Nachbar hat gerade eine Wärmepumpe bekommen. Auf dem eigenen Dach liegt PV, also muss eine Wärmepumpe und eine Wallbox her. Man hört überall, dass so eine Nachbarschaft das Stromnetz so zum Glühen bringen kann, dass man im Winter keinen Schnee mehr räumen muss. Als technisch interessierter Mensch

schaut man also ins Gesetz und findet, dass man sich seit 2024 "netzdienlich" verhalten soll und dem Netzbetreiber die Möglichkeit geben muss, die großen Verbraucher herunterzuregulieren, damit die Streufahrzeugfahrer ihren Job behalten können.



Das ist eine Sache, die der lokale Netzbetreiber und nicht Lichtblick, Naturstrom oder Tibber regeln. Die Webseite des Netzbetreibers sagt zum Beispiel zu variablen Stromtarifen, einem anderen Thema, Pflicht seit 2025, dass der Softwarelieferant mit Hochdruck an einer Unterstützung arbeitet. Zum Thema "Wärmepumpe abregeln" finde ich gar nichts. Also beim Netzbetreiber angerufen. Da ist es leider wie bei vielen Ärzten heutzutage: Sie bekommen momentan überdurchschnittlich viele Anrufe, alle Mitarbeiter sind im Gespräch. Stundenlang. Es folgt die gleiche Taktik wie beim Arzt: Hingehen und Fragen stellen. Die Zentrale des Netzbetreibers ist gerade nicht mit Menschen besetzt, die Auskunft geben können, sondern die sind in der nächsten Stadt. Am Dienstag nach Pfingsten ist auch dort niemand anwesend. Also EMail-Adresse hinterlassen, ich bekäme Auskunft. Nach 10 Tagen ist noch keine EMail angekommen, also erneut Besuch in der Zentrale. Leider ist wieder kein Mensch anwesend, der meine Fragen versteht. Ich bekomme einen Telefonhörer überreicht und telefoniere gefühlt eine halbe Stunde mit

einem Mitarbeiter in der nächsten Stadt. Ich frage, was meine neue Wärmepumpe für technische Eigenschaften haben muss, damit der Netzbetreiber sie herunterregeln kann und nicht gleich abschaltet, wenn die Straße glüht. Das Gespräch endet mit der Vereinbarung, dass ich zunächst einmal meinen Heizungshersteller danach fragen soll, was er denn für Fragen an den Netzbetreiber hat, damit ich diese dann an den Netzbetreiber weiterleiten kann. Offensichtlich habe ich als jemand, der seit über 30 Jahren Netzwerkprotokolle programmiert und darüber Vorträge hält, nicht die richtigen Fragen gestellt. Am Tag drauf kommt dann die versprochene EMail mit Antworten zu den variablen Stromtarifen. Die besteht aus dem Verweis auf die Webseite ("der Softwareanbieter arbeitet mit Hochdruck...") und einem Angebot, mir einen Vertragsvorschlag zuzusenden. Ich bin mal gespannt, wie der aussieht.

Bei unserem letzten Ortsgruppentreffen hieß es von jemandem, der täglich mit diesen Dingen zu tun hat, im Wesentlichen "Willkommen in Deutschland". Es gibt Hunderte von Netzbetreibern, das ist überall so.

Es gibt 2 mögliche Erklärungen: Die pessimistische ist, dass die Bundespolitik die gesetzlichen Regelungen so kompliziert gemacht hat, dass sie technisch nicht umsetzbar sind. Die optimistische Erklärung ist, dass die Bundespolitik ein Problem lösen wollte, das es gar nicht gibt, und die Netze so gut sind, dass alle gleichzeitig ihr E-Auto laden können.

Wir können nur hoffen, dass die neue Bundesregierung dieses in ihren "Ruck durch Deutschland" aufnimmt. v/

Dynamische Stromtarife – Hintergrund und Erfahrungsbericht

Wie setzt sich der Strompreis zusammen?

Der Strompreis besteht aus den Netzentgelten und dem Preis für den eigentlichen Strom,

der durch Angebot und Nachfrage entsteht. Die Nachfrage schwankt über den Tag und auch über das Jahr: Nachts wird weniger verbraucht als tagsüber - einige kennen vielleicht noch den Nachtstromtarif von früher - und im Sommer wird weniger verbraucht als im Winter. Mit Strom aus erneuerbaren Quellen sind Schwankungen auf der Angebotsseite hinzugekommen: Wasserkraft sowie Sonne und Wind stehen nicht gleichmäßig zur Verfügung, sondern hängen vom Wetter ab. Angebot und Nachfrage regeln also den Strompreis.



Ein „dynamischer Stromtarif“ - was ist das?

Im Gegensatz zu einem Stromtarif, wie wir ihn aus der Vergangenheit kennen, ändert sich bei einem dynamischen Stromtarif der Preis stündlich und in Zukunft sogar viertelstündlich. Das macht es erforderlich, dass der Stromzähler nicht nur wie bisher einmal im Jahr, sondern eben stündlich oder viertelstündlich abgelesen wird. Wie an der Tankstelle bezahlt man dann den aktuellen Preis und nicht einen Pauschalpreis, den der Anbieter nach Gutdünken festsetzt.

Mit den alten, analogen Stromzählern wäre das stündliche Ablesen technisch sehr aufwändig, und auch digitale Stromzähler werden immer noch von Hand abgelesen. Moderne Smartmeter hingegen senden ihren Zählerstand viertelstündlich automatisch zur Abrechnungsstelle.

Dieses Prinzip ermöglicht es, von Preisschwankungen zu profitieren, beispielsweise, indem ich die Waschmaschine dann anstelle, wenn mittags die Sonne scheint. Das lohnt sich finanziell und ökologisch.

Inwiefern ist ein dynamischer Stromtarif ökologisch?

Wenn die Sonne scheint oder der Wind weht, wenn also viel Ökostrom im Netz ist, dann ist der Preis deutlich geringer, als wenn teurer fossiler Strom produziert werden muss. So kann ich meinen Verbrauch nach dem Preis richten und dadurch automatisch die CO₂-Bilanz verbessern.

Durch die Verlagerung des Stromverbrauchs in Zeiten geringerer Nachfrage oder hoher Erzeugung können dynamische Tarife außerdem dazu beitragen, das Stromnetz zu stabilisieren. Wenn beispielsweise tagsüber viel Sonnenenergie erzeugt und der Strom in dieser Zeit auch abgenommen wird, reduziert das die Netzbelastung. Denn: Wenn zu viel Strom da ist, muss dieser über weite Strecken ins Ausland exportiert werden bzw. wenn zu wenig vorhanden ist, muss er teuer aus anderen Ländern zugekauft werden.

Dynamische Stromtarife sind damit ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Energiewende, da sie einen Anreiz für eine effizientere und umweltfreundlichere Nutzung von Strom schaffen.

Wie ist die politische Lage dazu?

Leider gibt es gegen die Einführung dynamischer Stromtarife in Deutschland einen breiten politischen Widerstand, weil das nicht nur die Gewinne der großen Energiekonzerne, sondern auch die der regionalen Stadt- und Gemeindewerke stark schmälern würde.

In anderen europäischen Staaten, wie zum Beispiel in Spanien, Italien, den Niederlanden oder auch in Skandinavien, ist man da deutlich weiter. Diese Länder bieten dynamische Stromtarife bereits flächendeckend an, und 80 bis 95% der Haushalte dort sind mit Smartmetern versorgt. In Deutschland sind es

hingegen nur etwa 2% der Haushalte.

Was brauche ich, um einen dynamischen Stromtarif nutzen zu können?

Für dynamische Tarife ist in der Regel ein Smartmeter erforderlich. Es gibt aber auch Anbieter, die digitale Stromzähler mit einem kleinen Zusatzgerät versehen und damit dann kontinuierlich auslesen. Seit 2025 haben zudem alle Haushalte das Recht, ein Smartmeter beim grundzuständigen Messstellenbetreiber (das wären bei uns die Gemeindewerke) zu beantragen und installieren zu lassen.

Was haben wir privat für Erfahrungen gemacht?

Weil wir vor knapp drei Jahren noch kein Smartmeter besaßen, haben wir uns damals für den Stromanbieter Tibber entschieden, der unseren digitalen Stromzähler unterstützte. Außerdem bietet er 100% Ökostrom an.

Allerdings sind digitale Stromzähler aus „Datenschutzgründen“ zunächst so eingestellt, dass nur wenig ausgelesen werden kann. Um an alle Verbrauchsinformationen zu gelangen, muss der Zähler mit einem vierstelligen Code, den man vom Messstellenbetreiber erhält, entsperrt werden. In unserem Fall waren das die Gemeindewerke. Bovendien, die auf eine derartige Anfrage allerdings nicht so recht vorbereitet waren. Nach einigem Hin und Her kam der Code dann doch per Post.

Der nächste Schritt waren die Kündigung des alten Stromanbieters und ein Vertragsabschluss mit dem neuen. Zusammen mit dem Vertrag kam für 50,00€ per Post ein kleines schwarzes Kästchen, das wir am Stromzähler angebracht haben. Damit kann Tibber den Zähler in Echtzeit ablesen, und wir können unseren Stromverbrauch jederzeit auf dem Smartphone sehen. Zusätzlich erlaubt die Tibber-App das Steuern von smarten Haushaltsgeräten und das smarte Laden von Elektroautos.

Fazit: Es geht!

set



AfD-Verbotsverfahren

Keine Frage des „ob“, sondern nur noch des „wann endlich“ – Warum wir das AfD Verbotsverfahren auf den Weg bringen müssen.

Als die Mütter und Väter des Grundgesetzes zusammensaßen, um nach der brutalen Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus eine demokratisch wehrhafte Verfassung zu entwickeln, da war die Erinnerung noch frisch. Wie die Nationalsozialisten die Macht ergriffen, nachdem sie die Demokratie mit den Möglichkeiten des demokratischen Verfassungsstaates waidwund geschossen hatten. Und sie neben anderen Instrumenten das schärfste Schwert der Demokratie schmiedeten, das Parteiverbotsverfahren in Artikel 21, Absatz 2, Grundgesetz: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, **sind verfassungswidrig.**“

Das vorletzte Wort ist dabei entscheidend und fordert Politik auf zu handeln, denn ein Rechtsstaat kann verfassungswidrige Zustände nicht dulden, der Amtseid von Minister:innen und Ministerpräsident:innen oder des Bundeskanzlers, die Verfassung zu verteidigen, entfaltet hier seine volle Wirkung. Ebenso der laut Bundesverfassungsgericht wichtigste Wert unseres Grundgesetzes, der „Ausgangspunkt“ unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, die Menschenwürde, die „zu achten und zu schützen Verpflichtung aller staatlichen Gewalt ist.“ (Artikel 1, Satz 2, Grundgesetz)

Und nichts anderes ist, was das Bundesamt für Verfassungsschutz über die AfD in ihrem Gutachten schreibt und mit der Einstufung „gesichert rechtsextremistisch“ aussagt: Die AfD agiert aktiv kämpferisch gegen die Grundordnung, das ist die klassische Definition für Extremismus. Das heißt, auch wenn die Einstufung bis zur gerichtlichen Klärung ruht, aber nicht aufgehoben ist, dass die AfD verfassungswidrig ist. Und damit ist Politik aufgefordert, das Verbotsverfahren in Kraft zu setzen, denn nur Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung sind hier antragsberechtigt. Tut Politik das nicht, spricht sie selbst Recht, weil sie den Richter:innen in Karlsruhe die Möglichkeit der Prüfung aktiv verwehrt!

Und natürlich stoppen wir damit nicht menschenfeindliches Denken, aber wir stoppen die rechtsextreme Gesamtstruktur, wir verhindern, das Opfer rechter Gewalt mit ihren Steuermitteln rechten Terror finanzieren (alle zuletzt vom Generalbundesanwalt angeklagten Terrorgruppen hatten personelle Überschneidungen mit der AfD, der Mörder Walter Lübckes spendete an die AfD, nahm an Veranstaltungen teil, hängte Plakate und entschied sich zum Mord auf der AfD Demo 2018 in Chemnitz). Was wir brauchen, ist ein Stoppsignal, eine Atempause für die Demokratie, statt den immer wieder scheiternden Versuch, die AfD inhaltlich zu stellen. Das funktioniert deshalb nicht, weil jede Annäherung an die AfD das Original stärkt, den Rechtsruck beschleunigt, die Demokratie zerstört. „Nie wieder“ ist schon lange, das gilt beim AfD Verbot umso mehr.

Habt Ihr Interesse an einem Austausch zu dem Thema, einem Diskussionsformat, habt Ihr Nachfragen zu Erfolgsaussichten, dann gern eine Nachricht an uns. Ich als Landtagsabgeordneter stehe gern Rede und Antwort.

Michael Lühmann



600 Millionen Förderung für die Kommunen – Niedersachsen legt als erstes Bundesland los

Fünfhundert Milliarden Euro sind eine beeindruckende Zahl. Sie ist das Ergebnis grüner Nachforderungen an die Koalition in Berlin, um künftig mehr Beinfreiheit für zusätzliche (!) Investitionen zu haben, die die CDU der Ampel immer verweigert hat. Das Ergebnis ist bekannt: Wirtschaft, Kommunen, alle mussten leiden, weil die CDU unbedingt die Ampel stürzen wollte und auch im Land jene Schuldenbremse verteidigte, die doch gerade Kommunen belastet. Nun aber ist Geld für zusätzliche Investitionen da und der grüne Finanzminister Gerald Heere hat mit Unterstützung des Kabinetts noch weitere Mittel draufgelegt. Und so kommt aus einem 14,6 Milliarden-Paket für die Kommunen in den nächsten Jahren die erste Tranche aus Hannover. Noch 2025 fließen so rund 400.000€ in den Bovender Haushalt, mit der klaren Botschaft: Die Bundesregierung hat 500 Mrd. Euro Schulden aufgenommen für Investitionen, das Land hat seinen möglichen Teil an Schuldenaufnahme noch draufgelegt, um über die nächsten Jahre ohne weitere Bedingungen Geld in Kommunen zu pumpen. Wir erwarten deshalb: Das Geld ist für zusätzliche Investitionen gedacht, die Ausrede, es gebe kein Geld für Photovoltaik, für einen Pumptrack oder für bessere Infrastruktur am Leineradweg, zählt nicht mehr. Wir erwarten daher, dass Verwaltung und Mehrheitsgruppe

liefern, statt das Geld im Haushalt versickern zu lassen – so wie die hohen Beträge, die Bovenden für Stromtrassen auf Gemeindegebiet erhalten hat und die im Schuldendienst versickert sind. Der Bovender Haushalt ist angespannt, aber zusätzliche Investitionsmittel, für die Bund und Land tief in die Tasche greifen, einfach verpuffen zu lassen wäre fatal. *ml*



KlimaGefühle

Aus den südlichen Mittelmeerländern erreichen uns sehr eindrückliche Bilder, was klimatische Veränderungen bewirken und wie schnell sich die Wetter- und Klimabedingungen ändern. Auch hier vor Ort merken wir, dass es, wenn die Temperaturen über 35 Grad steigen, echt anstrengend wird. An Schlaf ist bei der Hitze auch nur bedingt zu denken. Oft merke ich, dass mich das traurig, verzweifelt, erschöpft, ärgerlich und ängstlich macht. Vermutlich bin ich mit diesem Gefühlswust nicht alleine. Doch wie gehe ich damit um? Verdrängen liegt nahe, Vermeiden auch. Das gelingt aber oft nur für eine begrenzte Zeit. Resignieren und mich hoffnungslos fühlen ist auch nicht super. Doch sind bestimmte Klima-Gefühle vielleicht auch sinnvoll? Lassen sie sich irgendwie gut nutzen oder in etwas Konstruktives umwandeln? Neugierig geworden? Dazu möchten wir/ich gerne ins Gespräch kommen. Näheres dazu folgt in unserer nächsten Ausgabe, in der wir dann zu einer entsprechenden Veranstaltung einladen. *mp*

Impressum

Herausgeber: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN OV Bovenden

Vertretungsberechtigte: Maike Erb-Brinkmann, Im Garthof 24, 37120 Bovenden
(V.i.S.d.P.)

Redaktion:

Jonas Adam (ja)

Swantje Eigner-Thiel (set)

Maike Erb-Brinkmann (meb)

Jakob Gibhardt (jg)

Petra Jaeckel (pj)

Hartwig Jäger (hj)

Eberhard Klaus (ek)

Thorsten Lange (tl)

Volker Lendecke (vl)

Michael Lühmann (ml)

Michaela Pfeifer (mp)

Richard Schiller (rs)

Stephanie Schweizer (ss)



Gestaltung: Maike Erb-Brinkmann, Volker Lendecke

Fotos: Rechte bei der Redaktion und den Urhebern, Foto PV: A. Osterbrink

Druck: Goltze Druck GmbH & Co. KG, Hans-Böckler-Straße 7, 37079 Göttingen

Kontakt Redaktion, Diskussionsbeiträge: zeitung@gruene-bovenden.de

“Unser Bovenden” wird auf Wunsch zugeschickt und ist auch über das Internet als pdf
verfügbar: www.gruene-bovenden.de

Ohne Moos nix los - Spenden: Sparkasse Göttingen, Konto-Inhaber:

Die Grünen, OV Bovenden, IBAN: DE34 2605 0001 0028 0030 77, BIC: NOLADE21GOE

Sie haben Fragen, Ideen, Kritik? Lassen Sie uns miteinander sprechen

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Ortsverband Bovenden

Mail: info@gruene-bovenden.de

Web: gruene-bovenden.de

